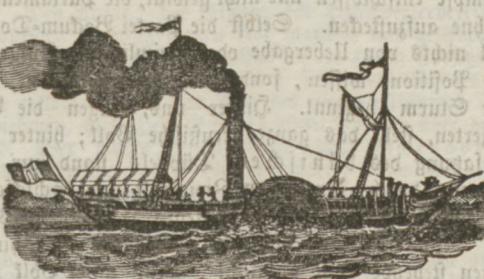


# Danziger Dampfboot

Nº 3.

Mittwoch, den 4. Januar.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Poststraße Nr. 5, wie anwärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1865.

36ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spalte 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Inserate nehmen für uns außerhalb an:

In Berlin: Ketteler's Centr.-Büro. u. Annonc.-Büro.

In Leipzig: Ilgen & Fort. H. Engler's Annonc.-Büro.

In Breslau: Louis Stangen's Annonc.-Büro.

In Hamburg-Altona, Frantz, a. M. Haasestein & Vogler.

## Telegraphische Depeschen.

Dresden, Dienstag 3. Januar. Das „Dresdner Journal“ meldet den heute Vormittags auf Schloss Brandeis erfolgten Tod der verwitterten Großherzogin Marie von Toskana, Schwester des Königs von Sachsen (geb. 1796). Die zu Freitag den 6. Januar angefahrene Gratulationscour ist in Folge dessen abgesagt.

Wien, Dienstag 3. Januar. Die „Generalcorrespondenz“ sagt, daß in einem ihr aus Kopenhagen zugegangenen Briefe die Behauptung in Abrede gestellt werde, daß die Ankunft des dänischen Gesandten Baron Otto v. Plessen aus Petersburg mit einer Ministerkrise zusammenhänge. In demselben werde berichtet, daß dieser Diplomat bereits wieder abgereist sei und die Nachricht, der König wünsche die Beseitigung der Minister Blume und David, als eine tendenziöse Erfindung bezeichnet.

— Die „Wiener Abendpost“ schreibt: An die Entfernung des Freiherrn v. Lederer als Civilkommissärs für die Herzogthümer durch Freiherrn v. Halbhüber sind von einigen Organen ganz willkürliche Konjekturen geknüpft worden. Man hat diese ausschließlich durch Rücksichten administrativer Natur herbeigeführte Verfügung zum Theil so aufgefaßt, als wäre die Haltung des Freiherrn v. Lederer während seiner zeitweiligen Geschäftsführung in den Herzogthümern als zu wenig selbständige erschienen und würde von Seiten seines Nachfolgers größere Entschiedenheit erwartet. Dieser Personenwechsel wurde sogar hier und da als Symptom eines in der Politik Österreichs in Bezug auf die schleswig-holsteinsche Frage sich vollziehenden Systemwechsels hingestellt. Alle diese Deutungen sind vollständig unberechtigt. Die Überzeugung, daß ein enges und freundshaftliches Zusammengehen mit Preußen den realen Interessen nicht nur der deutschen Großmächte, sondern auch des ganzen Deutschlands und vor Allem der Herzogthümer selbst auf das Vollkommenste entspricht, ist hier in maßgebenden Kreisen durch Nichts erschüttert, und in den Grundzügen, denen Graf Mensdorff vor Kurzem im Abgeordnetenhouse Ausdruck gegeben, Nichts geändert worden. Wie die Verhältnisse liegen, hat man alle Ursache, diese innige Verbindung als eine der wichtigsten Bedingungen zur Errreichung eines geheimlichen Resultates in der großen nationalen Angelegenheit, die Deutschland seit Jahressfest beschäftigt und zugleich als einen hochbedeutenden Faktor in der heutigen Lage Europas, als einen der Stützpunkte des allgemeinen Friedens anzusehen. Wir geben uns der aufrichtigen Hoffnung hin, daß das Verhältniß zwischen Österreich und Preußen von der öffentlichen Meinung in diesem Sinne betrachtet und gewürdigt werden wird.

Insbesondere erwarten wir, es werde der Einsicht der begabten Staatsmänner in den übrigen deutschen Staaten bei den vielsachen Beweisen der bundestreuen Gesinnung, welche die Regierung Österreichs soeben gegeben, nicht entgehen, daß jenes Verhältniß mit in erster Linie auch den Interessen und Bedürfnissen der von ihnen vertretenen Länder zu Gute kommen muß.

Paris, Dienstag 3. Januar. Der heutige „Moniteur“ meldet in seinem amtlichen Theil die Ernennung des Prinzen Napoleon zum Vizepräsidenten des Geheimen Rathes. In einem nicht offiziellen Artikel erinnert das amtliche Organ an die Wichtigkeit der Beschlüsse des Geheimen Rathes und hebt hervor, daß diese Ernennung ein

neues Zeugnis für das vom Kaiser dem Prinzen geschenkte Vertrauen sei. — Nach einer gleichfalls im heutigen „Moniteur“ publicirten Verordnung des Kriegsministers wird das Urlaubsemester für das Jahr 1864 bis zum 31. März verlängert.

Berlin, 3. Januar.

— Wir sind in den Stand gesetzt, schreibt die „Nord. Allg. Bzg.“, die folgende, an den preußischen Gesandten in München gerichtete Depesche vom 13. v. M. mitzuteilen, welche den Standpunkt der königlichen Regierung gegenüber der Abstimmung am Bunde vom 5. v. M. über die Beendigung der Execution in Holstein und Lauenburg präzisiert:

Berlin, 13. Decbr. 1864.

Die Ergebnisse der Sitzung der Bundesversammlung vom 5. d. M. sind Ew. . . . . bekannt. Durch die Annahme des österreichisch-preußischen Antrages vom 1. December hat die Bundesversammlung ausgesprochen, daß auch sie die Execution in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg als beendigt ansiehe, und hat damit die Thatache constatirt, auf welche die königliche Regierung sich bei ihrer nach Dresden und Hannover gerichteten Aufforderung geführt hatte; durch das gleichzeitig beschlossene Ersuchen an die bei den Regierungen zur Zurückziehung ihrer Truppen hat sie die aus dieser Thatache sich mit Notwendigkeit ergebende Folgerung gezogen, und es der königlichen Regierung möglich gemacht, die in Dresden zu fassenden Entschlüsse abzuwarten.

Wir haben zu diesem Ausweg uns in bundesfreundlicher Gesinnung entschlossen, um die Gefahr einer ernsteren Entwicklung abzuwenden, welche aus einer fortgesetzten Weigerung Sachsen, die Vorschriften der Executions-Ordnung zur Ausführung zu bringen, notwendigerweise hätte entstehen müssen; und wir begrüßen mit Befriedigung diesen Erfolg einer bis zum letzten Augenblick bewahrten Mäßigung und Versöhnlichkeit.

Aber wir können uns auch nicht verhehlen, daß dieser Erfolg selbst in der gedachten Bundesversammlung von Umständen begleitet gewesen ist, welche gerechte und ernste Bedenken hervorzuheben geeignet sind — Bedenken, auf welche wir auch die Aufmerksamkeit der anderen Regierungen hinzuwenden uns verpflichtet fühlen.

Es hat uns in der That befremden müssen, daß bei einem Gegenstande, bei welchem die notorischen Thatachen und der klare Buchstabe, wie der Geist des Bundesrechts so unzweideutig die Entscheidung an die Hand gaben, sich durch die Abstimmung der Minorität ein tiefer Zwiespalt in den Anschauungen der Bundesglieder kund geben konnte.

Wenn es uns allenfalls verständlich war, daß die königl. sächsische Regierung, als unsere Aufforderung an sie gelangte, durch ihren Antrag vom 29. November eine Erklärung des Bundes über die Thatache der Beendigung der Execution hervorzurufen wünschte, so ist es uns schwer begreiflich, wie eine Anzahl deutscher Regierungen über diese Erklärung selbst hat im Zweifel sein und gegen den einfachen Auspruch über die Beendigung der Execution hat stimmen können. Die Motive und Erläuterungen, mit welchen dieselben ihre Abstimmung begleitet haben, könnten die Besorgniß nur erhöhen, mit der uns jede Verkenntnis des Charakters des deutschen Bundes für die Zukunft desselben erfüllen muß.

Die von der k. bayerischen Regierung am 1. Decbr. bei ihrer Abstimmung abgegebene Erklärung ist zwar bereits veröffentlicht, aber der leichteren Übersicht wegen lege ich eine Abchrift bei. Sie sieht vollständig von dem Charakter der bisherigen Befreiung Holsteins und Lauenburgs als einer Executionsmaßregel ab, und sieht in derselben eine faktische Beschlagnahme der beiden Herzogthümer, welche bis dahin fortzudauern habe, bis die letzteren dem rechtmäßigen Regenten übergeben werden könnten. Sie bemüht sich zugleich zu beweisen, daß König Christian IX. den beiden deutschen Mächten keine Rechte habe cediren können, weil er selbst keine besessen; und indem sie vollständig vergibt, daß der Umfang dieser Rechte noch in keiner Weise, weder am Bunde, noch durch irgend eine andere Autorität geprüft worden, sondern mit allen anderen Ansprüchen künftiger Entscheidung vorbehalten ist, geht sie so weit, nicht einmal den formellen und vorläufigen Besitzstand gelten zu lassen, welcher am

1. Decbr. v. J. unzweideutig vorhanden war, und welcher, wenn er nicht an Preußen und Österreich abgetreten wäre, durch Erfüllung der Forderungen des Bundesexecutions-Beschlusses hätte wiederhergestellt werden können. Es ist evident, daß die königl. bayerische Regierung sich durch dies völlige Ignoriren des Charakters der Execution in offenem Widerspruch mit denjenigen Bundesbeschlußen selbst setzt, auf Grund dessen die Truppen und Kommissare sich in Holstein befanden. Wir können dies Ignoriren nur dem richtigen Gefühle zuschreiben, daß für die Fortdauer der Execution sich kein Argument anführen lassen würde; ebenso sehr aber hat es die königl. bayerische Regierung unterlassen, irgend ein Argument für die von ihr verübte Substitution einer Okkupation und gleichsamem Sequesteration der Herzogthümer an die Stelle der Execution anzuführen, was ihr allerdings innerhalb der sehr positiven Grenzen der Bundes-Competenz schwer geworden sein würde. Eben so wenig hat sie versucht, für die einfach hingestellte Behauptung, daß das Herzogthum Holstein seit „von der Bundesversammlung allein legal besessen werde“ einen Titel, sei es in dem Buchstaben des Bundesrechts oder in dem Geist der völkerrechtlichen Institution des Bundes nachzuweisen. Sie widerspricht so vollständig den Bundesverträgen, und namentlich dem von der bayerischen Erklärung angezogenen Artikel III. der Bundes-Acte, welchen höchstens der damalige Besitzer der Herzogthümer, um in possessorio einzuweiten geschickt zu werden, hätte anstreben können, daß wir vielmehr jeden Anspruch der Bundesversammlung auf den Besitz der Herzogthümer nur als vollkommen illegal bezeichnen können. Der Bund hat nur genau die Rechte, welche die Verträge ihm beilegen, und wir kennen keinen Artikel der letzteren, nach welchem der Bund ein Land, dessen Erfolge streitig ist, zu sequestrieren oder zu besetzen habe.

Wäre diese Verschiedenheit der Auffassung nur rein theoretischer Natur, so könnten wir uns damit begnügen, unsere Ansicht constatirt zu haben. Wir dürfen aber nicht verhehlen, daß wir in derselben eine große praktische Gefahr erblicken, auf welche aufmerksam zu machen, wir für unsere Pflicht erachten müssen.

Es liegt in dem Versuch, an die Stelle der Execution die Occupation und Sequestration der Herzogthümer zu setzen und der Bundesversammlung die Befreiung und Verwaltung derselben bis zu dem Augenblick der definitiven Entscheidung über ihre Zukunft zu vindicieren, eine Tendenz zur Ausdehnung der Competenz der Bundesversammlung, welche in den Verträgen keinen Boden findet, und wir daher als gefährlich für das Bestehen des Bundes selbst zu bezeichnen nicht umhin können. Der Bestand des Bundes ist auf der Achtung aller Bundesglieder vor den sehr vorsichtig gezogenen Grenzen dieser Competenz begründet; jeder Versuch willkürlicher Erweiterung derselben berübt und erschüttert die Grundlagen des Bundes selbst. Ein Regiment von Majoritäten, welches an die Stelle jener Achtung ein Prinzip des eigenen Beliebens setzen würde, und den Anspruch machen wollte, auf unsere Politik über die Bestimmungen der Bundes-Verträge hinaus leitend einzutwirken, könnte von uns nicht extragen werden. Wir sind nur dessenigen Bundes-Mitglieder, dessen Grundgesetze sich in den Bundes-Verträgen niedergelegt finden. Das Maß der Beschlüsse, welche der Gemeinschaft dem einzelnen Mitgliede gegenüber beizubringen, ist durch diese Verträge bestimmt, und die Überschreitung der damit gegebenen Competenz fällt mit dem Bruch des Bundes zusammen. Jede Regierung, welche Werth auf die Vortheile und die Sicherheit legt, die ihr das Fortbestehen des Bundes gewährt, sollte daher vor Competenz-Überschreitungen, durch welche das gemeinsame Band zerrissen werden kann, sorgfältig auf der Hut sein. Wir sind nicht gewillt, unsere politische Selbstständigkeit über das Maß unserer nachweisbaren Bundespflichten hinaus beeinträchtigen zu lassen; der Versuch dazu aber würde zur Thatache geworden sein, wenn den 6 Stimmen der Minorität vom 5. d. M. noch 2 andere hinzutreten wären. Wir würden dann in den Fall gekommen sein, dem zu Unrecht gefassten Beschlüsse gegenüber, von der uns aus der Verletzung der Verträge erwachsenden Freiheit des Handelns zur Wahrung unserer Rechte den vollen Gebrauch zu machen. Wir können nur wünschen, daß der königl. sächsische Regierung über diesen unsern Entschluß für ähnliche Fälle kein Zweifel bleibe, und darum habe ich es nicht für überflüssig erachtet, auch nachdem der aug-

blidliche Fall durch die Abstimmung vom 5. d. Ms. entschieden ist, auf die dabei in Frage gestellten Prinzipien zurückzukommen.

Ew. R. ersuche ich ergebenst, gegenwärtigen Erlaß dem dortigen Herrn Minister vorzulegen, und ermächtige Sie, ihm eine Abschrift davon zurückzulassen.

9. v. Bismarck.

Eine Antwort des bayerischen Kabinetts ist, wie wir vernehmen, auf diese Depesche bereits erfolgt und es ist nun anzunehmen, daß die bayerische Regierung auch dieses Schriftstück veröffentlichen lassen wird.

Der Antrag Österreichs auf provisorische Einsetzung des Herzogs Friedrich ist bereits älteren Datums. Zu einer Erneuerung desselben in letzter Zeit hat das Wiener Cabinet sich um so weniger veranlaßt gefunden, als die Ablehnung Preußens mit Sicherheit vorauszusehen war. Dass ein analoger Antrag der Mittelstaaten am Bunde eingebrochen werden wird, ist deswegen zu bezweifeln, weil dazu die Mitwirkung Österreichs zur Zeit nicht zu erlangen ist, ohne dieselbe aber ein reeller Erfolg dieses Antrags nicht erwartet werden kann. Österreich leistet zur Zeit den preußischen Forderungen mehr einen passiven als einen aktiven Widerstand, sicher aber ist, daß es sowohl einer direkten als einer indirekten Annexion der Herzogthümer sich widerstellt und auf einer bundesmäßigen Lösung der Herzogthümerfrage beharrt. Nachdem die Besprechungen wegen Eintritts des Herrn v. Scheel-Plessen in die Regierung der Herzogthümer ein Resultat nicht gehabt haben, will man diesseits in Abrede stellen, daß dieser Eintritt überhaupt beabsichtigt gewesen sei. Dass diesseits ein Antrag auf Aufhebung der Verfassung der Herzogthümer von 1849 gestellt sei, ist ungegründet. Diese Verfassung besteht zur Zeit nicht in Kraft und es könnte sich höchstens um die Frage der Wiedereinführung derselben handeln, bei welcher diesseits allerdings Modificationen gewünscht werden. Ebenso grundlos ist die Nachricht, daß eine Präzisierung der preußischen Forderungen unmittelbar bevorsteht. Zunächst temporisiert Preußen: für Herrn v. Bismarck ist die Frage noch nicht „reif.“ Russland unterstützt weder die Oldenburger Ansprüche besonders stark, noch giebt es dieselben auf. Es hat hier wie in Wien und Frankfurt erklärt lassen, es wünsche, daß diese Ansprüche ebenso wie die der übrigen Prätendenten geprüft würden. — In den hiesigen Conferenzen wegen Regelung der handelspolitischen Beziehungen zu Österreich sucht man zunächst nach Grundlagen für eine Verständigung. — Ueber den budgetlosen Zustand bemerkte die ministerielle Zeitung, es handle sich in der Budgetfrage darum, ein Princip festzustellen, welches für die Zukunft des Staates maßgebend sein würde; durch das „Pflaster“ eines „Compromisses“ könne die Wunde nicht geheilt werden. Es handelt sich für die Regierung um eine Einschränkung des Budgetrechtes der Landesvertretung, wie sie bereits in der vorigen Session erfolglos versucht wurde. Dass der Versuch, der in der nächsten Session von der Regierung mit dem Abgeordnetenhaus zu erwarten, der „letzte“ sein werde, ist zu bezweifeln, da die Octroyirung eines neuen Wahlgesetzes an entscheidender Stelle nicht zu erlangen ist.

Die „Berl. Ger. Ztg.“ beginnt den neuen Jahrgang mit folgendem Artikel: „Am 16. Januar des vorigen Jahres verwarf das Abgeordnetenhaus das vom Ministerium aufgestellte Budget und nahm das von der Budget-Commission ausgearbeitete an. Am 22. verwarf dieselbe Körperschaft die zum Kriege gegen Dänemark geforderte 12 Millionen-Anleihe, am 25. erklärte sie einen vom Herrenhause gefassten Beschluß für null und nichtig und lehnte mit 268 gegen 34 Stimmen das von der Regierung vorgelegte Militärgebot ab, worauf durch Königliche Botschaft der Landtag geschlossen wurde. Universöhnlich wie heut vor einem Jahre stehen sich die Parteien gegenüber: die glänzenden Erfolge, welche die äußere Politik des Herrn von Bismarck gekrönt haben, sind leider der inneren Politik versagt geblieben. Welch eine Reihe herrlicher Thaten meldet die Geschichte des letzten Jahres! Und in wie kurzer Zeit wurden sie vollbracht! Am 21. Januar rückten die preußischen Truppen in Holstein ein, am 1. Februar, nachdem die Dänen das Kronenwerk geräumt, überschreiten sie die schleswig-holsteinsche Grenze, am 6., nachdem die Dänen auch das Dannenwerk geräumt, die Schlei; besetzen am 7. Flensburg und am 19. Kolding. Am 15. März beginnt die Beschießung der Däppeler Schanzen, am 18. April sind sie erstmals. Am 12. Mai Beginn der Waffenruhe und der Londoner Conferenzen, am 28. Juni Schluss der Conferenz und schon am 29. Einnahme von Alsen. Darauf Friedensconferenz zu Wien am 26. Juli und am 30. October Abschluß des Friedens. Der Friede

im Innern harrt noch immer des endlichen Abschlusses: das innere Däppel, wie die Feudalen das Abgeordnetenhaus zu nennen belieben, steht noch unbesieglt. Am 14. Januar soll der Angriff beginnen. Die Vorbereitungen zum Sturm sind schon seit längerer Zeit getroffen, die Batterien der offiziellen Blätter in Position gebracht und die ersten scharfen Schüsse abgefeuert worden, um die Distance, d. i. die Kluft zwischen Ministerium und Abgeordnetenhaus zu messen. Nach Allem, was über die von den Belagerten geschehenen Verabredungen verlautet, ist die Besatzung des inneren Däppel zum Kampfe entschlossen und nicht gewillt, die Parlamentär-Fahne aufzustellen. Selbst die Partei Bodum-Dolfs soll nichts von Uebergabe oder heimlichem Aufgeben der Position wissen, sondern ausharren wollen, bis der Sturm beginnt. Hinter uns, sagen die Belagerten, steht das ganze preußische Volk; hinter der Besatzung des dänischen Däppels stand nur ein kleines, durch innerlichen Zwiespalt und Schicksals-schläge zerlüftetes und verfallenes Häuslein. Wenn die Belagerten nur nicht vergebens auf das hinter ihnen stehende Volk rechnen! Wenn unser Volk nur wirklich zeigen wollte, daß es eines Sinnes mit seinen Vertheidigern sei! Dann, aber auch nur dann werden die Feudalen den Angriff trotz ihres schweren Geschüses aufgeben und bekennen müssen, daß das innere Däppel unüberwindlich sei.“

Die Resultate der Volkszählung werden nach und nach veröffentlicht und ergeben wenigstens, was die Städte betrifft, eine beträchtliche Zunahme der Bevölkerung. Die meisten größeren sind in den letzten drei Jahren zwischen 6—10 p.C. gewachsen. Neben diesen größeren Städten, die natürlich an sich eine Anziehungskraft ausüben, sind die Fabrikstädte am stärksten gewachsen. Ein erfreulicher Beweis von der Blüthe unserer Industrie. Das schnellste Wachsthum unter allen bei dieser Zählung bis jetzt bekannt gewordenen zeigt die Stadt Essen, die ihre Bevölkerung in drei Jahren um ein volles Drittel vermehrt hat, die nämlich von 21 Tausend Einwohnern auf 31 Tausend gewachsen ist. Es ist die gewaltige Entwicklung der Berg- und Hütten-Industrie und besonders der Gußstahlfabrikation, welche das schnelle Anwachsen der Bevölkerung bewirkt hat. Ohne Zweifel werden die benachbarten westfälischen Kreise Dortmund und Bochum ein ebenso schnelles Wachsthum der Bevölkerung ergeben.

Wien. Es wird für unsere Leser nicht ohne Interesse sein, den, bis jetzt noch kaum erwähnten, letzten Schritt zu vernehmen, welchen das Ministerium Nechberg zur Lösung der schleswig-holstein'schen Erbfolgefrage in Berlin gethan. Graf Nechberg übermittelte der preußischen Regierung den Vorschlag, die Entscheidung über die Erbfolgefrage einem Schiedsgericht zu überweisen, zu welchem die beiden bis dahin aufgetretenen Prätendenten, der Herzog von Augustenburg und der Großherzog von Oldenburg, je vier, und die Stände der Herzogthümer weitere vier Mitglieder zu stellen hätten. Es liegt auf der Hand, daß das Schiedsgericht in einer solchen Zusammensetzung sich zweifellos für die Anerkennung des Herzogs Friedrich ausgesprochen haben würde, und der Vorschlag ist daher bezeichnend für die Anschauungen und Intentionen Österreichs, die sich übrigens, wie gleichzeitig betont werden mag, seitdem nicht geändert haben. Es bleibt uns nur noch übrig hinzuzufügen, daß der Vorschlag in Berlin einfach abgelehnt wurde.

Paris, 30. Dec. Die päpstliche Encyclica mit aller mähsamen Berurtheilung aller derjenigen Anschauungen, die das moderne Europa als den Gewinn Jahrhundertlanger geistiger Kämpfe erachtet, hat wenigstens die eine gute Seite, das französische Cabinet mehr und mehr zu drängen, eine klare und offne Stellung gegenüber dem Ultramontanismus einzunehmen. Und dies um so mehr, da von Seiten des päpstlichen Hofes dem französischen Gesandten, Graf Sartiges, anfänglich gedroht wurde, man werde in der Encyclica Frankreich ausdrücklich nennen, und man in Rom erst dann hiervon Abstand nahm, als Graf Sartiges sehr unzweideutig merken ließ, daß diese Drohung nicht versangen werde. Zunächst hat Herr Drouyn de Lhuys am 26. d. M. eine Note an den Grafen Sartiges abgesandt, in welcher die französische Regierung ihr tiefes Bedauern über den vom Papste eingeschlagenen Weg ausdrückt und auf den traurigen Eindruck hinweist, welchen das Verhalten der römischen Curie in Frankreich hervorufen müsse. Des Weiteren ist von der Sendung eines Vertrauensmannes des Kaisers in der Person des Herrn La-Vegerie nach Rom die Rede, und dürften die Erfolge dieses Herrn für die Haltung der im Laufe des Januar vom Erzbischof von Paris beabsichtigten Con-

ferenz der Bischöfe Frankreichs maßgebend sein. Vor der Hand hat Msgr. Darboy, der neuerdings im lebhaftesten Verkehr mit dem Ministerium steht, die kirchlichen Würdenträger von Orleans, Msgr. Dupanloup und von Rouen und Bourges, Msgr. Bonnecouche und Msgr. de la Tour d'Auvergne zu sich nach Paris entboten, um falls erforderlich die Boussuet'sche Erklärung von 1862 nicht nur zu bestätigen, sondern die Rechte der galikanischen Kirche noch schärfer zu accentuieren, damit die französische Geistlichkeit wisse, woran sie sich zu halten. Desgleichen wird der Erzbischof von Paris in seinem nächsten Hirtenbriefe des päpstlichen Rundschreibens nicht gedenken. Gleichzeitig hat Graf Sartiges Verhandlungen mit den einer Vereinbarung mit Italien geneigten vier Mitgliedern des Cardinal-Collegiums angeknüpft, die mit dem in Neapel weilenden Cardinal d'Andrea übereinstimmen. Auch Thiers, der die Absicht hatte, im gesetzgebenden Körper gegen die September-Convention zu sprechen, soll durch die päpstliche Encyclica schwankend gemacht worden sein.

Militärische Organisationen haben die Thätigkeit des Kaisers in der letzten Zeit mehr als gewöhnlich in Anspruch genommen. Auf Obock, der bekannten französischen Station am rothen Meere, ist jetzt eine französische Garnison eingerichtet worden und die ganze Station wird einen eigenen Statthalter in der Person eines Oberstleutnants erhalten. Das Project, ein allgemeines Feldpredigeramt im französischen Heere einzuführen, ist an dem Widerstande der Marschälle und des Staatsraths gescheitert, die dasselbe für unnütz halten, da schon hinreichend für den religiösen Dienst im Heere gesorgt sei. Die Entwaffnung soll in nächster Zeit und zwar in größtem Maßstabe in Frankreich durchgeführt werden.

Petersburg, 29. December. Mittelst eines heute veröffentlichten Decrets wird Baron Lieven seines Postens als Generalgouverneur der Ostseeprovinzen enthoben und durch den General Graf Schwaloff ersetzt. Nach der lebhaften Polemic, welche die angeblich separatistischen Tendenzen dieser Provinzen seit einigen Wochen in der Russischen Presse hervorgerufen, kann man nicht umhin, diesem Personenwechsel große Wichtigkeit beizulegen. Baron Lieven war erst vor wenigen Tagen hier; ein alter Krieger, der nur gehorchen lernt, halten ihm doch die dortigen Verhältnisse ein Stück Opposition aufgedrängt und er wollte um eine Aenderung des Gesetzes bitten, wonach Kinder aus Misshandeln müssen. Mit Thränen in den Augen schilderte er bei Hofe die Zustände, die in seinem Gouvernement aus diesem Gesetze erwachsen, da viele auswanderten, andere ihren Kindern alle Erziehung entziehen, nur um den Russischen Zwangsreligionsunterricht zu vermeiden; sein Bitten blieb vergebens; die Antwort darauf war die erbetene Entlassung. Bei der jetzigen Erregtheit der Baltischen Provinzen ist der Wechsel von großer Bedeutung.

Die liberalen Kreise wurden sehr lebhaft beunruhigt durch die Gerüchte, die sich stets noch wiederholen und auch, wie es scheint, gesellschaftlich unterhalten werden, daß Herr Haussmann zum Minister der öffentlichen Arbeiten ernannt werde und daß er nicht bloß die großen Arbeiten der Stadt Paris, wie man früher annahm, sondern auch alle die großen nach Béch's Project in ganz Frankreich auszuführenden Arbeiten unter seine Leitung unmittelbar bekommen würde. Auch das Gericht, daß Béch das Portefeuille der Finanzen übernehmen werde, verschwindet nicht.

London, 29. Dec. Die Presse beschäftigt sich heute mit dem Verhältniß Englands zu den Vereinigten Staaten, in besonderer Berücksichtigung der Proclamation des General-Majors Dix. Was uns, bemerkte die „Times“, in den letzten Nachrichten am meisten berührt, ist der Ton, den die Amerikaner gegen Canada angenommen haben, sowie das Auftreten ihrer Regierung mit Bezug auf die neulichen Ruhestörungen an der Grenze. Über diese heillosen und fruchtlosen Expeditionen kann es in England nur eine Meinung geben. Es ist Pflicht der kanadischen Regierung, solche Frevel zu verhindern und die Urheber vor Gericht zu stellen; und wir freuen uns, zu vernehmen, daß der Attorney-General die Wiederhaftung der Freibeuter, die den Zug gegen St. Albans unternahmen, angeordnet und das freisprechende Ermessen des Gerichts von Montreal für gesetzwidrig erklärt hat. Aber ein Fehlgriff der Justiz aus technischen Gründen ist noch keine Ermächtigung zu militärischen Befehlen, wie die des Generals Dix, der seine Offiziere beordert, das kanadische Gehirn zu verlegen, noch zu einer Sprache, wie diejenige, deren sich die amerikanische Presse und, wie es scheint,

auch die amerikanische Gesellschaft bedient. Der Vorfall in St. Albans war äußerst barbarisch, und wir sind gewiss, daß es unter hundert Menschen in England oder Canada nicht Einen giebt, der nicht froh wäre, die Thäter nach Verdienst bestraft zu sehen. Aber die Drogungen der Amerikaner werden zur Herbeiführung dieses Resultats nicht beitragen. Bloße Prahlereien brauchen wir nicht zu beachten, aber wenn die Unionsregierung so übel berathen ist, ihre Truppen über die kanadische Grenze zu senden, so können sehr bedenkliche Missverständnisse zwischen beiden Ländern die Folge sein.

## Locales und Provinzielles.

Danzig, den 4 Januar.

Stadtverordneten-Sitzung am 3. Januar.

Behufs der Entlassung der nicht wieder gewählten und der Einführung der neuen Stadtverordneten sind von Seiten des Magistrats die Herren Oberbürgermeister v. Winter und Bürgermeister Dr. Linck erschienen; anwesend sind 58 Mitglieder. Der Vorsitzende der Versammlung aus dem vorigen Jahre, Herr Rechtsanwalt Roepell, eröffnet kurz nach 4 Uhr die Sitzung. Die Zahl der neu gewählten Mitglieder, welche durch Herrn Oberbürgermeister v. Winter eingeführt werden, beträgt 26. Nachdem Herr Rechts-Anw. Roepell sein Amt niedergelegt, übernimmt das älteste Mitglied der Versammlung, Herr Thiel, den Vorsitz, worauf an die Wahl eines neuen Vorsitzenden geschritten wird. Das Amt der Stimmenzählung wird den beiden jüngsten Mitgliedern der Versammlung, Herrn Gibson und v. Kampen, übertragen. Von 57 Stimmen, die abgegeben werden, erhält Herr Roepell 49, Herr Bischoff 7, Herr Lievin 1; ein Zettel ist unbeschrieben. Somit ist Herr Roepell mit absoluter Majorität wieder zum Vorsitzenden gewählt. Er dankt für das ihm geschenkte Vertrauen und erklärt sich bereit, die Wahl anzunehmen. Nachdem er nun wieder den Vorsitz übernommen, wird an die Wahl eines ersten Stellvertreters des Vorsitzenden geschritten. Von 57 Stimmen, die abgegeben werden, erhält hr. Damme 48, Herr Bischoff 4, Herr Breitenbach 1, Herr Lievin 1, Herr Steffens 1 und Herr Goldschmidt 1; ein Zettel ist unbeschrieben. Somit ist also Herr Damme als erster Stellvertreter gewählt. Bei der Wahl des zweiten Stellvertreters erhält Herr Goldschmidt die absolute Majorität. Da derselbe sich aber nicht zur Annahme der Wahl bereit erklärt, so wird zu einem neuen Scrutinum geschritten. Nachdem bei diesem keine absolute Majorität der Stimmen erzielt worden, kommen die Herren Lievin, Biber, Steffens und Piwko auf die engere Wahl und wird nunmehr Herr Biber zum zweiten Stellvertreter des Vorsitzenden durch absolute Majorität der Stimmen gewählt. Herr Lohauß wird durch Acclamation zum befehlten Protokollführer wieder gewählt und aus der Mitte der Versammlung ebenso Herr Bankdirector Schottler zum stellvertretenden Schriftführer. Herr Güttnner, bisher erster und Herr Berger, bisher zweiter Ordner, werden gleichfalls durch Acclamation wieder gewählt. In Betreff der Wahl von Mitgliedern für Commissionen resp. Deputationen wird beschlossen, eine Sub-Commission niederzusetzen, und werden für diese gewählt die Herren Leibens, Preußl, Stattmiller, Bischoff, Damme, Biber, Kloß, Schottler, Schirmacher und Goldschmidt.

Ein höchst betrübender Todesfall ereignet in der Stadt das allgemeine Mitgefühl: Die Gattin des Herrn Consistorialrahes Neincke ist heute früh halb 7 Uhr in Folge der kürzlich stattgefundenen Entbindung am Nervenfieber verstorben. Der Gatte und 8 Kinder beklauen den schmerzlichen Verlust.

[Theatralisches.] Schiller's Tragödie „Fiesko“ wird morgen zum Benefiz des Herrn Jürgen zur Darstellung kommen. So weit wir erfahren, ist die Befreiung einer der Großartigkeit der gemalten Dichtung entsprechende. Es ist also Aussicht vorhanden, daß den Freunden der dramatischen Poesie in unserer Stadt ein Genuss geboten werden wird.

Zum Besten der Klein-Kinder-Bewahr-Anstalten wird Herr Oberlehrer Dr. Pruz am nächsten Sonnabend einen Vortrag über ein sehr interessantes Thema halten. Dasselbe heißt: „Die deutschen Frauen im Mittelalter.“

Z Gestern Abend hielt Herr Professor Schulz aus Königsberg im hinteren Saale der „Concordia“ zum Besten des Diakonissen-Krankenhauses einen Vortrag über die Schwestern des Lazarus Marthab und Marija. Zuerst schilderte der Herr Vortragende die Heimath dieses Geschwisterpaars, jenes paradiesische Verbannt mit seinen Dattelwäldern und klaren Quellen, mit seinen Gärten und seiner idyllischen Einsamkeit und besprach dann, das Thema nach allen Seiten hin benutzend, des Nächsten die beiden Charaktere, die sich in Martha und Maria personifizierten. In Martha repräsentiert sich das

Prinzip des Glaubens und in Maria das der demütigen Liebe. — Zum Schlusß gedachte Redner noch mit Befriedigung der großen Ausbreitung der Diakonissen-Krankenhäuser und der hingebenden und aufopfernden Liebe, mit welcher in diesen Anstalten zum Wohle der Menschheit gewirkt wird.

† Der Verein zur Unterstüzung hilfsbedürftiger Lehrerwitwen zeigt an, daß es ihm durch die Güte der Wohlthäter und durch die Beiträge der betreffenden Herren Lehrer auch im vergangenen Jahre möglich geworden, an 8 bis 9 Witwen die Summe von 101 Thlr. zu zahlen.

† Morgen wird Herr Jacobsen im Gewerbe-Verein einen Vortrag über die Fortschritte im deutschen Maschinenwesen halten.

† Den Anfang der Sitzung des Handwerkervereins am vorigen Montag machte eine herzige und geistvolle, dem Verein dargebrachte Gratulation des Herrn Vorsitzenden Dr. Brandt. — Nachdem sich Herr Arents bereit erklärt, ferner das Amt des Protokollführers zu übernehmen, hielt Herr Große einen Vortrag über den Wald. Wer wurde da nicht an das Eichendorff-Mendelssohn'sche schöne Lied erinnert! Die Sitzung bot nach dem anerkennenswerthen Vortrag noch viel des Interessanten.

§ Der Bäckergeselle Günther, welcher gestern Abend in der Tischergasse in trunkenem Zustande auf der Straße erstarb gefunden und nach dem rathäuslichen Gefängnis gebracht wurde, ist bald darauf verstorben. Alle Wiederlebungsversuche blieben erfolglos.

§ Der Schuhmann Wenzel wurde in der Milchfannengasse während des Dienstes ohne Veranlassung von dem Arbeiter Kreft in's Gesicht geschlagen und verletzt. Bei der Verhaftung zog der Arrestant ein Messer, doch wurde glücklicherweise dadurch nur der Pelz des Schuhmanns durchschnitten.

§ Der Arbeiter Krause verlangte in dem Schanklokal bei Wohlfeil in Ohra von dem Zimmergesellen Hardt eine angebliche Schuld für Brettschneiderlohn, als letzterer sich weigerte den Betrag zu zahlen, drohte Krause ihn abzulauern und bei Seite zu schaffen. Aus Furcht zahlte Hardt die kleine Summe, die nicht er, sondern der betreffende Bauherr zu zahlen verpflichtet sein soll.

Marienwerder. Die Regierung zu Marienwerder hat Anfangs December sämtlichen katholischen Schulmännern eine Verordnung zugefertigt, welche dazu bestimmt zu sein scheint, die Bedeutung der polnischen Sprache in den Elementarschulen des Regierungsbezirks wesentlich zu ändern. Nach dieser Verordnung, deren genaue Ausführung Geistlichen und Lehrern zur Pflicht gemacht wird, soll fortan die polnische Sprache nur auf der untersten Stufe zur Anwendung kommen und dies auch nur zu dem Zwecke: „damit die polnisch redenden Kinder in das Verständniß des Deutschen eingeführt und befähigt werden, an dem Unterrichte, der auf den beiden oberen Stufen ausschließlich nur deutsch ertheilt werden darf, mit Erfolg Theil zu nehmen. Die Unterrichtssprache soll überhaupt in allen Fächern, mit Ausnahme der Religion nur die deutsche sein. Als einziges Lesebuch, auch in den Realien, soll das von dem Seminar-Direktor Dr. Arent in Braunsberg herausgegebene benutzt werden und von Ostern f. J. ab soll der neue Lehrplan in Kraft treten.

Bohn, 31. December. Heute übernahm Herr Landrat Steinmann als Commissarius der Rgl. Regierung die Polizeiverwaltung an den Magistrat resp. an den Oberbürgermeister Körner. Die aus Berlin hierher kommandirten Königl. Polizeibeamten gehen morgen dahin zurück.

Wölfe haben sich nicht nur, wie wir gestern meldeten, in den Golluber Forsten eingefunden, sondern auch im Strasburger Kreise, wo sie z. B. in dem bisher sehr gesuchten Rehstande des Karwoer Waldes gründlich aufräumen.

Stettin, 2. Januar. Gestern am Neujahrsabend, entstand zwischen Soldaten des 14. Regiments und Civilisten, lebhafte größtentheils dem Arbeiterstande angehörig, auf der Galgwiese eine blutige Schlägerei, bei welcher die Soldaten von ihren Seitengewehren, die Civilisten von ihrem Messer Gebrauch machten. Einer der Soldaten, ein Tambour, hat lebensgefährliche Verletzungen davongetragen, indem er rücklings mehrere Messerstiche erhielt und einer davon in die Lunge eingedrungen ist. Heute sind drei verheilte Arbeiter, als besonders gravirt, ermittelt und gefangen eingezogen.

(Oder. Stg.)

## Gerichtszeitung.

Criminal-Gericht zu Danzig.

[Freundschaftliche Fürsorge oder Diebstahl?] Der Tischlermeister Nößling kam vor einiger Zeit mit dem Zimmergesellen Konrad im Knuth'schen Gastlokal am Haubthor zusammen. Beide machten bald nähere Bekanntschaft mit einander und tranken, bis die Mitternacht hereinbrach. Als man endlich daran dachte, daß es Zeit sei, nach Hause zu gehen, erklärte sich Konrad bereit, seinen neuen Bekannten nach Hause zu begleiten. Dieser nahm denn auch das Anerbitten an. Nachdem beide das Lokal verlassen hatten und bis auf den Holzmarkt gekommen waren, entzog Konrad seinem harmlosen Gesellschaft plötzlich dessen Cylinderhut und entfloß mit derselben. Am nächsten Tage machte N. der Polizeibehörde von diesem Vorfall Angezeige, und es gelang derselben, den Konrad aufzufinden, und die Cylinderhut bei ihm zu entdecken. In Folge dessen wurde dieser des Diebstahls angeklagt und kam vor das Criminal-Gericht. Hier läugnete er nun keineswegs, daß er dem Tischlermeister Nößling die Uhr abgenommen; aber er behauptete, dies nicht in diebischer Absicht, vielmehr nur aus freundschaftlicher Fürsorge gehabt zu haben. Sein Gesellschafter, mit dem er sich sehr gut unterhalten und für den er in der Unterhaltung schnell Sympathie ge-

wonnen, sei etwas angelaufen und da sei ihm, dem Angeklagten, die Befürchtung gekommen, derselbe könne leicht unter Diebe gerathen und seiner Uhr verlustig gehen. Um dies zu verbüten, habe er sie ihm abgenommen und bis zum nächsten Tage aufbewahrt. Diese Ausflucht fand keinen Glauben bei dem hohen Gerichtshof. Dem als die Polizeibehörde am Morgen nach dem Vorfall bei K. nach der Uhr gesucht, hatte er hartnäckig geläugnet, dieselbe zu besitzen. Hätte er nicht die Absicht gehabt, sie zu behalten, so würde er nicht zu dem nutzlosen Lügen seine Zuflucht genommen haben. Er wurde zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten und mit Ehrenverlust auf die Dauer eines Jahres bestraft.

[Diebstahl.] Die Sucht mancher Mädchen, sich herauszuputzen und zu gefallen, verleiht sie nicht selten zu Handlungen, welche sie in's Unglück stürzen. Die Anlagebank liefert in dieser Beziehung genug Beispiele. Unter denen, welche sich am vorigen Montag auf derselben befanden, waren wieder einige solcher Verlagswerthen. Zu diesen gehörte die unverheilte Auguste Troll, ein Mädchen von 25 Jahren, welche im Dienst bei der Puschnerin Frau Brehmer gestanden. In diesem Dienst hatte sie reichlich Gelegenheit gefunden, ihrer Puschke auf eine strafwürdige Weise zu fröhnen. Wie sehr sie dieselbe benutzt, beweist der Werth dessen, was sie der Frau Brehmer in den beiden Monaten November und December v. J. gestohlen. Derselbe beträgt 14 Thlr. Die Angeklagte war unter den heilsten Thränen der Reue geständig und wurde zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten verurtheilt.

## Handel und Gewerbe.

Verzeichniß der Danziger Rhederei.

Nach dem von dem Herrn Schiffs-Abrechner Heinrich veröffenlichten Verzeichniß der Danziger Rhederei und ihrer Größe am Anfang des Jahres 1865 besteht dieselbe aus 114 Segel- und 13 Dampfschiffen, darunter 9 kupferfeste und gelupferte und 17 kupferfeste, enthaltend 32,662 Normal-Lasten. — Im Bau begriffen sind: 3 Pinen von ca. 450—650, 3 Barken von ca. 270—350 und 1 Schoonerbark von ca. 200 Lasten. Im Laufe des vergangenen Jahres sind 11 Segelschiffe verloren gegangen und 4 Segelschiffe und 1 Dampfschiff verkauft; dagegen sind neuerbaut 4 und 1 Dampfschiff, und durch veränderten Sitz der Rhederel hinzugekommen 2 Segelschiffe.

Namen der Herren Rheder:

Alex. Gibbsone 24 Schiffe, George Link 23, J. L. Engel 8, G. F. Fecking 8, Fr. Heyn 6, John Paleste 5, R. Seeger u. Co. 5, Hauffmann u. Co. 4, Th. Schirmacher 4, Herm. Weinberg u. Co. 4, Felix Behrend 3, Th. Bischoff u. Co. 3, J. G. Borowsky 3, C. H. Bulcke 3, J. W. Pahnke 3, Hermann Behrend 2, J. C. Block 2, Th. Rodenacker 2, C. S. Bierow 2, Jacob Arent 1, Dalsowsky u. Struwy 1, M. Domke 1, C. J. Haase Sohn 1, M. A. Hesse 1, C. H. Janssen 1, J. W. Klawitter 1, S. Köhne 1, F. C. Pruz 1, J. H. Reh 1, Co. 1, C. J. Rokici jun. 1, J. L. F. Schmidt 1 und F. C. Schnit 1.

## Nachweisung der Waaren,

welche in den im Laufe des Jahres 1864 expedirten 2211 Schiffen ausgeführt wurden.

An Getreide, Sämereien und Mehl: Weizen 62,493 Last, Roggen 29,981 Last, Gerste 2947 Last, Hafer 98 Last, Erbsen 2320 Last, Leinöl 96 Last, Rapsöl 6590 Last, Widen 39 Last, Bohnen 255 Last, Senföl 1146 Ctr., Senfzaat 30 Ctr., Kleefaaat 120 Ctr., Hanfzaat 276 Ctr., An sich tene Hölzer: 185,859 Stück Balken, 537 St. Masten, 1087 St. Spieren, 146 St. Mühlensruhen, 11,713 St. Mauerlatten, 193,860 St. Dielen, 803,901 St. Sleepers, 3178 Fäden Splittholz, 4716 Stück Schiffsnägel und Keile. — An eichene Hölzer: 30,447 Stück Balken, 70,486 St. Planten, 2647 St. Krummhölzer, 1136 St. Plançons, 24,138 Stück Stäbe. — An verschiedene Hölzer: 3576 tannene Balken, 179 Stück Radfelgen u. Speichen, 30 Ctr. Flottholz. — An diverse Waaren: 300 Stück Bäume und Gräser, 542 Stück rohe Baumwolle, 10 Ctr. Bernstein, 150 Ctr. Dachpappe, 215 Ctr. Eisen, 16,414 Ctr. gefälzes Fleisch, 28,010 Stück Tonnen Jopenbier, 1200 Scheffel Kartoffeln, 220 Ctr. Kienöl, 590 Ctr. Kle, 46 Ctr. Eiqueur, 49 Ctr. Lampen, 291,305 Stück Matzen, 1127 Tonnen frisches Obst, 14,078 Ctr. Deltsuchen, 11,487 Ctr. Rübel, 7928 Stück Säcke, 11 Ctr. Schmalz, 86 Ctr. Spec. 3046 Ctr. Spiritus, 11,429 Ctr. Thierflocken, 57 Ctr. rohe Wolle, 1913 Ctr. Shuddy-Wolle.

## Vermisstes.

\* Damit dem Leser die freie Aussicht ins neue Jahr nicht getrübt wird, teilen wir ihm das in Russland gebräuchliche Mittel mit, gefrorene Fenster aufzutauen. Man taucht einen Schwamm ins Wasser, in welchem man Kochsalz aufgelöst hat, und wäscht die gefrorenen Stellen. In wenigen Minuten sind sie vom Eis frei und das Wasser abgelaufen.

\*\* [Der calculirende Buchs.] Ein Jäger an dem Harz, der eines Morgens Wache hält in einem Forste, bemerkte einen Buchs, der sich vorsichtig einem alten, dicken Baumstumpf näherte. Als er nahe genug war, machte er einen beherzten Sprung bis auf den Kopf des Stumpfes. Hier sah er sich ein Weilchen um, als wollte er die schöne Aussicht genießen, und sprang dann wieder herab. Diese gymnastische Übung wiederholte er fünfmal, ehe er davon schwanzelte. Aber schon nach einer Minute kehrte er zurück, und zwar mit einem berben, tüchtigen Stück Eichenholz in der Schnauze. Mit dieser Faust beschwert, wiederholte er seine ritterliche Übung, und zwar nicht nur zu des Jägers, sondern auch zu seiner eigenen Befriedigung, denn er ließ nach einigen glücklichen Wiederholungen seine Faust fallen, wickelte sich oben zusammen, legte den Schweif um sich und schien so auf seinen Vorbeeren anzuheben zu wollen. Stunden

lang behielt ihn der Jäger im Auge, — er lag und blieb wie tott liegen. Der Jäger war neugierig geworden und ließ sich den Gedanken nicht nehmen, daß Reinecke nicht bloß zu seinem Vergnügen geturnt habe. Gegen Abend war denn auch seine Neugier befriedigt. Eine wilde Sau lehrte mit ihrer Nachkommenkraft aus dem Dickicht in ihre Heimath zurück und zwar auf ihrem bereits sichtbar gewordenen Wege vor dem Baumstumpfe vorbei. Zwei von der unerfahrenen Nachkommenkraft waren etwa 6 Schritt hinter der Mutter und den andern Jungen zurückgeblieben und zottelten hinterher. So wie sie an den Stumpf kamen, sprang Reinecke wie ein Blitz vom Todtenschlaf auf, herunter und mit einem der beiden Herkel wieder hinauf. Es kreischte und quiekte jämmerlich. Die Mutter lehrte wütend um und grunzte und knurrte wie wahnstinnig an dem Stumpfe in die Höhe, um ihr Kind zu retten. Aber der Diplomat oben, seiner Sache und Festung gewiß, nahm diese Demonstration sehr kaltblütig auf und verzehrte seinen Schweinebraten vor den Augen der Mutter mit der größten Gemüthslichkeit und einer Art von Drachtkunst. Auf einmal schien's ihm zu viel zu sein, so daß er etwa die Hälfte seiner Beute übrig ließ und sicher legte, um dann mit der größten Unverschämtheit auf die tobende, wütende Mutter herabzublicken, so malitiös, daß man hätte meinen sollen, er habe ein Glas in das eine Auge geklemmt. Die alte Sau zog sich endlich widerstrengend zurück, worauf auch der schaue Reinecke sich anschickte, in seine Festung zurückzukehren.

\* \* \* Die Königliche landwirthschaftliche Akademie Prosa in Schlesien wird im gegenwärtigen Winter-Semester von 94 Studirenden besucht. Darunter befinden sich 68 Inländer, nämlich: aus der Provinz Schlesien 23 Studirende, Posen 14, Brandenburg 11, Preußen 11, Pommern 4, Sachsen 3, Westfalen 1 und Rheinprovinz 1. Hierzu treten 26 Ausländer, nämlich: aus deutschen Staaten 7 und aus andern, nicht deutschen Staaten 19 Studirende.

### Kirchliche Nachrichten vom 27. Decbr. 1864 bis 2. Januar 1865.

**St. Trinitatis.** Getauft: Schlossges. Schwedel Sohn Gustav Adolph. Gastwirth Schröder Tochter Anna Lisette. Schuhmann Dreyer Tochter Anna Ida. Weichensteller Ems Tochter Maria Louise Auguste.

Gestorben: Sattlermstr. Rob. Schulze, 41 J. 10 M., Rückenmarkschwäche. Wwe. Constantia Reich, 84 J. 7 M., Alterschwäche. Wwe. Caroline Dor. Bock, 69 J. 6 M., Herzleiden. Schuhmacher Andrik Sohn Gustav Adolph, 6 M., Hirnhaut-Entzündung. Tischler Klein Sohn Heinrich Gustav, 1 M., Luftröhren-Entzündung.

**St. Elisabeth.** Aufgeboten: Feuerwerksmaat 1. Kl. Joh. Samuel Schmiede mit Frau Luise Gabriel. Büchsenmacher Andreas Friedrich Klemann mit Jfr. Wilhelm. Albertine Praktorius. Reservist Michael Pacza mit Frau Math. Kühnast. Reservist Gottfr. Wilh. Rhee mit Henriette Radmacher. Reservist Michael Parczenski mit Jfr. Pauline Kleinert bei Lauenburg. Reservist Friedr. Walter mit Jfr. Justine Krause in Kamin.

Gestorben: Feldwebel Hein Sohn Reinhold Rud., 10 M., Zahndurchbruch. Baumeister Gugot Sohn Paul Armand, 3 M. 13 T., Gehirn-Wassersucht.

**St. Barbara.** Getauft: Schuhmachermstr. Hinz Sohn Bruno Carl Wilhelm. Böttcherges. Francke Sohn Gustav Alexander. Schiffer Kosche in Heubude Tochter Johanne Marie.

Aufgeboten: Eigentümer Friedr. Wilh. Teschke am Sandwege mit Wwe. Wilhelm. Amalie Ziebuhr geb. Teschke.

Gestorben: Eigentümer Groth am Sandwege Tochter Marii Elisabeth Renate, 2 M., Durchfall.

**St. Virgitta.** Getauft: Schiffszimmergesell Hartmann Sohn Paul Albert. Schmiedege. Rexin Sohn Martin Simon.

Aufgeboten: Matrose Franz August Matern mit Jfr. Julianna Rutkowska. Schuhmachersges. Carl Kochowski mit Florentine Libkowska.

**St. Joseph.** Getauft: Feuerwehrmann Harder Sohn Rudolph Bruno Hugo.

Aufgeboten: Cigarrenmacher Gottl. Moritz Wilski mit Jfr. Susanna Albertine Lisette Nadolski alias Tesmer.

Gestorben: Mustus Joh. Kewis, 58 J. 11 M. 21 T., in Bohnsack als Leiche gefunden. Nagelschmidt Seifert Tochter Anna Caroline, 2 M. 9 T., unbek. Krankheit.

### Meteorologische Beobachtungen.

	Bf.	Pr.	Gld.
3   4	336,90	— 9,6	S. frisch, hell, himm, diesig.
4   9	336,90	— 6,6	S. W. fr., dide Luft, Schnee.
12	336,20	— 5,8	S. stark, do. do.

### Schiffs-Rapport aus Neufahrwasser.

Gesegelt am 3. Januar:

4 Schiffe mit Holz.

Angekommen am 4. Januar:

Dannenberg, Einigkeit, v. Liverpool, mit Salz-Lewien, Louise Charlotte, v. Cadiz, m. Ballast.

Gesegelt: 2 Schiffe m. Holz u. 2 Schiffe m. Getreide.

Nichts in Sicht. Wind: S. z. W.

Pr. Freiwillig: Anleihe . . . . .	Bf. 41	Pr. 101½	Gld. 101½
Staats-Anleihe v. 1859 . . . . .	5	106½	105½
Staats-Anleihen v. 1854, 55, 57 . . . . .	41	102	102
do. v. 1859 . . . . .	4½	102	102
do. v. 1856 . . . . .	4½	102	102
do. v. 1864 . . . . .	4½	102	102
do. v. 1850, 1852 . . . . .	4	97½	96½
do. v. 1853 . . . . .	4	—	97
do. v. 1862 . . . . .	4	97½	96½
Staats-Schuldscheine . . . . .	31	91½	90½

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 4. Januar:  
Weizen, 110 Bf. 129 pfd. alt fl. 412½; 130 pfd. fl. 405; 126, 127 pfd. fl. 369, 370, 375; 125 pfd. fl. 355; 121 pfd. fl. 321 pr. 85 pfd.  
Roggen, 120 pfd. fl. 216; 125 pfd. fl. 228; 128 pfd. fl. 232; 129 pfd. fl. 224 pr. 81 pfd.  
Hafer, 50 pfd. fl. 138.  
Weisse Erbsen, fl. 261, 270 pr. 90 pfd.

### Angekommene Fremde.

#### Hotel de Berlin:

Die Kaufleute Wiener a. Berlin, Holländer a. Leobschütz, Jänsen a. London, Neumann a. Düsseldorf und Bahnke a. Halberstadt.

#### Walter's Hotel:

Oberst u. Kommandant v. Schmidt nebst Söhnen a. Weichselmünde. Rechtsanwalt Mallison a. Garthaus. Rittergutsbesitzer Schönlein a. Rekau. Gutsbes. v. Leonius a. Jacobsdorf. Kaufmann Spalding a. Breslau. Gerbermstr. Scheper a. Berent.

#### Hotel zum Kronprinzen:

Rittergutsbes. du Bois nebst Familie a. Lutoczin. Gutsbes. Prohl nebst Sohn a. Wositz. Hofbes. Pohl a. Schmeerblock. Die Kaufl. Michaelis, Koch u. Fabrikant Schenk a. Berlin.

#### Schmelzer's Hotel zu den drei Mohren:

Die Kaufl. Cohn a. Hamburg u. Schiller a. Altona.

Dekonom Neumann a. Woclawek.

#### Hotel d'Oliva:

Rittergutsbes. Ullendorff a. Glosnowo. Die Kaufl. Koch a. Apolda, Wilke a. Berlin, Fabian a. Bromberg u. Bisewski a. Lauenburg. Rendant Landek a. Königsberg. Inspector Jacobi a. Gr. Gas.

#### Hotel de Thorn:

Hauptm. v. Reinhard a. Danzig. Die Gutsbesitzer Baron v. Enckevort a. Käffigleben u. Speier a. Budisch. Frau Landräthin v. d. Osten a. Schönow. Die Kaufl. Berger a. Stettin, Stürmer a. Hamburg u. Steinbach a. Mainz.

#### Deutsches Haus:

Die Besitzer Haneman u. Amort a. Puzig. Die Kaufl. Kreß a. Sielh. u. Achilles a. Königsberg.

### Stadt-Theater zu Danzig.

Donnerstag, den 5. Januar. (Abonnement suspendu.)

#### Zum Benefiz für Herrn Jürgen.

### Die Verschwörung des Fiesco zu Genoa.

Republikanisches Trauerspiel in 5 Akten von Schiller.

Freitag, den 6. Januar. (4. Abonnement No. 14.)

Der Freischütz. Romantisch. Oper in 4 Akten von C. M. v. Weber.

### Die besten Pariser Operngläser

stets vorrätig bei Victor Lietzau in Danzig.

### Lebensversicherungsbank für Deutschland in Gotha.

Nachdem die Herren A. Schönbeck & Co. in Danzig die zeithier geführte Agentur mit Ende dieses Jahres niederzulegen erklärt haben, wird dieselbe vom 1. Januar f. J. auf Herrn C. Pannenberg daselbst übertragen. Wir bringen solches mit dem Bemerkung hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die bis Ende dieses Jahres bei der Agentur Danzig fälligen Prämien noch an die zeithierige Agentur-Firma gegen die vorschriftsmäßigen Bank-Duitungen zu entrichten sind.

Gotha, den 7. December 1864.

#### Das Bureau der Lebensversicherungsbank.

Unter Bezugnahme auf vorstehende Bekanntmachung empfehle ich mich den zur hiesigen Agentur gehörigen Versicherten zur Vermittelung ihrer Angelegenheiten mit der Bank und lade zu weiterer Theilnahme an derselben ein. In Folge ununterbrochen lebendigen Zugangs war bis 1. December d. J. die Zahl der Versicherten auf 26,482 Personen, die Versicherungs-Summe auf 45,865,500 Th., die Bank-Fonds auf 12,620,000 gestiegen.

Dividende der Versicherten im Jahre 1865: 38 Prozent.

Danzig, den 31. December 1864.

### C. Pannenberg,

Comptoir: Neugarten No. 17.

### Die vereinigten Sänger Danzigs werden hiemit zur Probe: Sonnabend, den 8. d. Mts., Abends 8 Uhr, im unteren Saale des Gewerbehause eingeladen. Das Comité.

### Berliner Börse vom 3. Januar 1865.

	Bf.	Pr.	Gld.
Östpreußische Pfandbriefe . . . . .	31	832	83
do. do. do. do. do.	4	932	93
Pommersche do. do. do. do. do.	31	872	87½
Posensche do. do. do. do. do.	4	98½	98
do. neue do. do. do. do.	31	—	—
Westpreußische do. do. do. do. do.	4	942	94½
do. do. do. do. do.	31	84	83½
do. do. do. do. do.	4	93½	93
do. do. neue do. do. do.	4	93½	92½

	Bf.	Pr.	Gld.
Österreich. Anleihe v. 1855 . . . . .	31	128	127
Danziger Privatbank . . . . .	4	108	—
Königsberger Privatbank . . . . .	4	—	103½
Pommersche Rentenbriefe . . . . .	4	97½	96½
Posensche do. do. do. do.	4	—	94½
Preußische Bank-Antheil-Scheine . . . . .	41	144½	143½
Oesterreich. Metalliques . . . . .	5	62½	—
National-Anleihe . . . . .	5	70	—
Prämien-Anleihe . . . . .	4	76½	75½